

R. Neumann, Am Feldrain 9, 31542 Bad Nenndorf

Ich verstehe so manches nicht!

Sehr geehrte

,
egal ob als ehemaliges Ratsmitglied im Samtgemeinderat und Stadtrat, als Vater zweier Söhne, als Mitglied der Bürgerinitiative „Lebenswertes Bad Nenndorf“, als Wahlberechtigter oder einfach als Bürger, der in Bad Nenndorf geboren und aufgewachsen ist und hier sein ganzes Leben verbracht hat – es gibt so manches, bei dem ich nur mit den Schultern zucken kann, einfach nicht mehr weiter weiß. Mir fehlt zu einigen Teilthemen, die sämtlich mit den Plänen zu künftigen neuen Wohngebieten u. ä. in Zusammenhang stehen, das Verständnis. Da allorts in Bad Nenndorf davon die Rede ist, dass alles möglichst transparent gemacht werden soll, wende ich mich an Sie als Ratsmitglied, um Ihnen zu erklären, was ich nicht verstehe und bitte Sie, mir insoweit weiterzuhelfen.

Ich verstehe nicht ...

dass für eine evtl. Landesgartenschau ohne große Diskussion 30.000 € für eine Machbarkeitsstudie in den Haushalt eingestellt werden, während niemand erkennbar die schon des Öfteren öffentlich aufgezeigten angesprochenen möglichen Probleme für Bad Nenndorf durch Überlastung verschiedener Infrastrukturbereiche, vor allem im Bereich Verkehr mit erhöhtem Verkehrsfluss, steigender Lärmbelästigung, höherer Luftverschmutzung und verringerter Verkehrssicherheit ernst nimmt, die bei massiver Umwandlung von Ackerland in weitere großflächige Wohngebiete und weiteren Bevölkerungszuwachs für die Bad Nenndorfer und die städtische Infrastruktur entstehen können. Solche und andere Probleme wären zeitlich unbefristet und die Maßnahmen nicht umkehrbar. Hier wäre m. E. viel vordringlicher eine genaue Untersuchung angebracht, wie viel Wachstum Bad Nenndorf über welchen Zeitraum trägt.

Üblicherweise folgen Entscheidungen erst nach gewissenhaften Überlegungen und Prüfungen. Wer drängt denn hier darauf, zuerst einen Flächennutzungsplan – wie ich meine sehr übereilt – voranzutreiben und die Machbarkeit der Umsetzung über konkrete Bebauungspläne hintan zu stellen? Darf es denn sein, dass die Prüfung, ob und wieviel Wachstum und in welchem Tempo überhaupt verträglich ist, erst nach der Entscheidung über einen umfassenden Flächennutzungsplan erfolgt?

Ich verstehe nicht ...

dass zwar u.a. § 1 Abs. 5 BauGB erwartet, dass die zukünftige städtebauliche Entwicklung vorrangig im Innenbereich betrieben wird, um dem Aspekt der Nachhaltigkeit Rechnung zu tragen,

dennoch so frühzeitig ohne intensive Prüfung dieser Möglichkeiten bereits über massive Flächenvernichtungen durch Überbauung und Versiegelung nachgedacht wird. „Nicht nur aufgrund des Grundsatzes zur Flächensparsamkeit und zur Vermeidung von Eingriffen in Natur und Landschaft sollte die Innenentwicklung **Priorität** bei der Siedlungs- und Wohnungsmarktentwicklung einnehmen. So trägt die Nutzung von Baulücken und Nachverdichtungspotenzialen zur Schonung kommunaler Ressourcen und zur Auslastung bestehender Infrastrukturen bei. Der Fokus auf der Innenentwicklung sollte eine hohe Priorität einnehmen. ... Die segmentübergreifend bestehenden Neubaubedarfe sollten - soweit möglich - in bestehenden Strukturen und auf vorhandenen Flächen realisiert werden. ... Darüber hinaus sollte eine **behutsame** Neuausweisung von Flächen für den Wohnungsbau erfolgen.“ (Zitat Wohnraumversorgungskonzept – WRVZ – Teil 1)

Ich verstehe nicht...

dass offensichtlich noch immer keine umfangreichen Informations- und Beratungsanstrengungen seitens der Stadt zu hier maßgeblichen Förderprogrammen initiiert worden sind. Es gibt in Bad Nenndorf eine große Anzahl von Häusern aus den 1950er bis 1980er Jahren, die durch energetische und gestalterische Modernisierung den heutigen Anforderungen angepasst werden könnten. Auch Abriss und moderner Neubau sind im WRVZ aufgeführt, ebenso die Verdichtung durch Nutzung von Baulücken, um nämlich vor allen Dingen den Bedürfnissen der derzeitigen Bad Nenndorfer Bürger gerecht zu werden. Es werden alle möglichen Arten der Förderung aufgeführt (z.B. Förderung für energetische Modernisierung oder altersgerechte Modernisierung). Es ist von Wohnungsbau für Einheimische, Generationenwechsel unterstützen und Unterstützung von Ersatzneubau und Prüfung der Nachverdichtung die Rede.

Und als dringende Empfehlung wird im beschlossenen WRVZ der Stadt nahegelegt, die Bürger hierüber zu informieren und bei der Umsetzung der Maßnahmen zu beraten und zu unterstützen. Die Ergebnisse des WRVZ sind sehr komplex und verbieten m. E. die vorrangige Planung von Großbaugebieten.

Ich verstehe nicht ...

dass solch große Entscheidungen mit einer erheblichen Tragweite für Bad Nenndorf quasi heimlich zwischen zwei Kommunalwahlen durchgepeitscht werden sollen. Die Politik wünscht sich verantwortungsbewusste Bürger/innen und Wähler/innen, die von ihrem Wahlrecht rege und wohl überlegt Gebrauch machen, um die bewährte indirekte Demokratie auch im kommunalen Bereich zu erhalten. Auch ich will weiterhin mitwirken – nicht als Protestbürger – sondern als Wähler. Dazu gehört aber, dass der Bürger vor die Wahl gestellt wird. Es gilt nicht nur Parteien und ihre Vertreter zu wählen, sondern auch das, was dahintersteht. Und dazu muss der Bürger nicht nur blindes Vertrauen in die Kompetenz seiner Kandidatinnen und Kandidaten haben, sondern sollte m. E. auch wissen, wofür eine Partei und ihre Kandidatinnen und Kandidaten stehen – vor einer Wahl. Es gehört für mich in einer funktionierenden indirekten Demokratie eben dazu, dass wesentliche Ziele in Wahlprogrammen o. ä. auftauchen. Wenn kurz nach den Kommunalwahlen plötzlich solch große Projekte aus dem Hut gezaubert werden, ohne dass zuvor die Bürger/innen vor der Wahl auch nur ansatzweise darüber informiert worden wären, dann bezeichne ich das als Entmündigung der Bürger und Vergewaltigung der indirekten Demokratie. Politik muss verlässlich und wirklich transparent sein. Nur so kann das stetige Wachstum an Politikverdrossenheit verhindert, zumindest aber abgeschwächt werden. Nur so können die verlorengegangenen Massen an Wählern, die sich entweder den Populisten zugewandt haben oder sich in die gefährliche Masse der Nichtwähler verabschiedet haben, wiedergewonnen werden. Und nur so kann Politikverdrossenheit in eine funktionierende, tragfähige Gemeinschaft von Bad Nenndorfer Bürgern gewandelt werden. Diese Chance gilt es zu nutzen!

Ich verstehe nicht ...

dass zwar weltweit Anstrengungen für Maßnahmen zum Abbremsen des Klimawandels diskutiert werden, dass immer mehr deutlich wird, wo dessen vielfältigen und verschachtelten Ursachen liegen, jedoch kaum wirkliche Maßnahmen ergriffen werden. Auch die massive

Versiegelung von Flächen durch Straßen- und Wohnungsbau ist dabei ein Thema. Während das Land in seinen Erläuterungen zum Landesraumordnungsprogramm 2017 hierzu die folgende mahnende Aussage trifft („In der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie ist die maßgebliche Reduzierung der Neu-Inanspruchnahme von Flächen für Siedlung und Verkehr von derzeit bundesweit 113 ha pro Tag auf 30 ha pro Tag bis 2020 eine wichtige Zielsetzung.“), soll der Flächenverbrauch in Bad Nenndorf augenscheinlich weiter ungebremst vorangetrieben werden. Flächenverbrauch ist zu bremsen – aber bitte nicht in Bad Nenndorf – oder wie? Ein „Weiter so!“ in Bad Nenndorf, wie es insbesondere von der Volksbank im Schaumburg forciert wird, ist nicht mehr zeitgemäß.

Hier sind in Bad Nenndorf Flächen in der Diskussion, deren Umfang das, was es in den vergangenen 15 Jahren an Neubauf Flächen gab, noch in den Schatten stellt. Kann dies auch daran liegen, dass eine Neuauflage des Regionalen Raumordnungsprogramms für 2024 zu erwarten ist und auch der Landkreis in seiner Sachstandserklärung gegenüber dem Kreistag im Dezember 2018 u.a. den „Vorrang der Innenentwicklung vor Neuinanspruchnahme von neuen Wohnbauflächen“ betont hat oder ist die Niedrigzinspolitik mit erheblichen Folgen auch für die Kreditinstitute und deren stark verschlechterter Einnahmesituation nicht vielmehr der treibende Motor für die aktuellen Planungen, die den Kreditinstituten einen wahren Geldsegen bescheren würde?

Und nicht zu vergessen ist natürlich die zu erwartende Steigerung nicht nur des innerstädtischen Verkehrs sondern auch des Pendelverkehrs auch mit PKW.

Ich verstehe nicht ...

dass eine echte Auseinandersetzung auch mit anderen Regelungen, so der Vorschrift des § 1a Abs. 2 BauGB zumindest nicht nach außen erkennbar stattfindet. Der Gesetzeswortlaut sollte Mahnung genug sein, das größte Augenmerk auf die Vermeidung weiteren Flächenverbrauchs zu legen: „Mit Grund und Boden soll sparsam und schonend umgegangen werden; dabei sind zur Verringerung der zusätzlichen Inanspruchnahme von Flächen für bauliche Nutzungen die Möglichkeiten der Entwicklung der Gemeinde insbesondere durch Wiedernutzbarmachung von Flächen, Nachverdichtung und andere Maßnahmen zur Innenentwicklung zu nutzen sowie Bodenversiegelungen auf das notwendige Maß zu begrenzen. Landwirtschaftlich, als Wald oder für Wohnzwecke genutzte Flächen sollen nur im notwendigen Umfang umgenutzt werden.“

Ich verstehe nicht ...

dass die aktuell in Rede stehenden Vorplanungen von einer Planungsdauer bis etwa 2035 ausgehen, während der durchschnittliche Planungszeitraum bei der Aufstellung von Flächennutzungsplänen nur 10 bis 15 Jahre beträgt. Dies ist nicht ohne Grund so. Es ist auch für das weitsichtigste Ratsmitglied, für die kompetenteste Verwaltung und auch sattelfesteste Ingenieurbüros kaum möglich, über einen noch längeren Zeitraum hinweg verbindliche Aussagen zu machen, schon gar nicht zu künftigen technischen, ökologischen und ökonomischen Entwicklungen, auch nicht zu künftigen Meinungen und Mehrheitsverhältnissen in der kommunalen Politik. Grundsätzlich können im Flächennutzungsplan Wohnbauflächen in dem Umfang ausgewiesen werden, die dem voraussichtlichen Bedarf entsprechen (§ 5 Abs. 1 BauGB). Für die Plausibilität des Wohnbauflächenbedarfes ist die Nachvollziehbarkeit der ermittelten Bevölkerungsentwicklung wesentlich. Die einfach gegriffenen Szenarien eines künftigen Flächenbedarfs sind ohne detaillierte vorherige Prüfung der Ausschöpfungsmöglichkeiten von Alternativen m. E. nicht „nachvollziehbar“ – ebenso nicht wirklich vorhersehbar weil ein zu großer Zeitraum überplant werden soll.

Bei der Planung des Gebiets „In der Peser“ gab es seinerzeit heftige Diskussionen und langatmig verhandelte Kompromisslösungen, die in der „Roten Linie“ endeten, die die Grenze zur maximalen Nähe der Bebauung Bad Nenndorfs zu Horsten kennzeichnete. Davon will heute kaum jemand etwas wissen und gerade solche Personen, die damals nicht entscheidend dabei waren, stellen sich breitbeinig auf und behaupten einfach, dass es solche Beschlüsse damals nicht gab. Ich weiß, dass es das Versprechen der „Roten Linie“ gegenüber den Horstern gab. Und ich brauche keine Zeugen. Ich bin als ehemaliges Ratsmitglied sowohl im Stadt- als auch

Samtgemeinderat Anfang der 2000er Zeitzeuge. Nun, es können sich wie gesagt Meinungen ändern – und Mehrheiten. Wer sagt denn, dass die jetzt anstehenden Planungen mit zeitlich so weit in die Zukunft reichenden Vorhaben in 10 oder 15 Jahren anders gesehen werden. Die Einen können sagen: „Was interessiert mich mein Geschwätz von gestern?“ Andere scheiden zwischenzeitlich aus den politischen Gremien aus und werde durch Andere mit anderen Überzeugungen ersetzt.

Es ist m. E. kein guter Stil, den künftigen Politikern deren Spielräume von vornherein zu beschneiden. Und wenn dann doch davon ausgegangen werden muss, dass es später wieder zu Änderungen kommen kann, dann läuft das Argument, jetzt umfassend zu planen, um nicht künftig wieder Ergänzungen beraten und beschließen zu müssen, völlig ins Leere. Ein übermäßig langer Planungszeitraum spielt doch vorwiegend den Inverstoren in die Karten.

Ich verstehe nicht ...

dass eine Verpflichtung Bad Nenndorfs wegen seiner Einstufung als Mittelzentrum erklärt wird. Die Einstufung ist aber nur als Berechtigung zu sehen. Die Entscheidung, in die hier keine höhere Behörde eingreifen kann, ob, wieviel und in welchem Zeitraum Bad Nenndorf wachsen will, bleibt der kommunalen Willensbildung vorbehalten. Als Mittelzentrum haben wir nicht die unbedingte Aufgabe des Wachstums, schon gar nicht mit einer Sogwirkung in Richtung Oberzentrum. Hauptaugenmerk als Mittelzentrum ist es dagegen, die eigene Bevölkerung, auch die des näheren Umlands, hinsichtlich spezieller Bedürfnisse wohnortnah zu versorgen, auch die Schaffung von Arbeitsplätzen. Pendlerverkehr soll nicht ausgeweitet sondern möglichst zurückgefahren werden. Es gilt umweltschädliche Verkehrsströme zu minimieren. Ein weiteres Anwachsen des Pendlerverkehrs mit PKW ist sicherlich auch der Zielerreichung „Förderung des Tourismus“ nicht förderlich.

Ich verstehe nicht ...

dass außer der Beschlussfassung über das WRVZ eine politische Auseinandersetzung in den zuständigen Gremien über die Bebauungsplanungen in Bad Nenndorf noch gar nicht wirklich begonnen hat und dennoch die Volksbank wie von Zauberhand einen Plan nach dem anderen aus dem Hut zaubert und versucht, frühzeitig in der Politik für Schönwetter zu sorgen. Deutlich wird hier doch sehr, dass die Kreditinstitute, die Volksbank in Schaumburg allen voran, hier eine Geldquelle aufgetan haben und nur aus spekulativen Gründen finanzielle Risiken eingegangen sind, die sie jetzt durch eine maximale Einflussnahme versuchen auszuschalten.

Ich verstehe nicht ...

dass das immer wieder auf Tapet gelegte Argument für schnelles und großräumiges Wachstum, die zu erwartenden höheren Schlüsselzuweisungen, anscheinend ungefragt hingenommen wird. Schlüsselzuweisungen für mehr neue Bürger bringen möglicherweise kurzfristig höhere Einnahmen mit sich. Diesen stehen jedoch auch höhere Kosten gegenüber. Schlüsselzuweisungen sind eben kein Huhn, das goldene Eier legt. Sie dienen gerade dazu, die Kommunen, denen durch neue Bürger höheren Aufwendungen entstehen, z. B. für die Infrastruktur, zu entlasten. Auch wenn große Neubaugebiete zu mehr Einwohnern und mindestens zu einer Bevölkerungsstabilisierung beitragen, besteht auch nach den Aussagen des WRVZ demgegenüber das Risiko, dass ältere Gebäudebestände leerfallen. „Zudem führt die Neuerschließung von Baugebieten neben den zunächst einmaligen Herstellungskosten zu langfristigen Folgekosten. Verschiedene fiskalische Wirkungsanalysen zeigen, dass eine langfristige finanzielle Vorteilhaftigkeit nicht gegeben ist.“ (Zitat WRVZ)

Andere schon benutzte Argumente wie „Die Feuerwehr bekommt durch mehr Neubürger mehr aktive Feuerwehrleute“ oder „Wir brauchen Neubaugebiete, damit die KiTas später auch sicher ausgelastet werden können und nicht leer stehen.“ lasse ich lieber unkommentiert. Der gesunde Menschenverstand gibt auf solche Aussagen leicht die passenden Antworten.

Ich verstehe nicht ...

dass die angeblich steigende Kaufkraft von Neubürgern ins Feld geführt wird, obwohl auf der anderen Seite doch sehr wenig unternommen wird, um diese Kaufkraft auch stadintern abzuschöpfen. Ein Zentrum, das aus meiner Sicht trotz der Chancen, die sich Bad Nenndorf erst vor

einigen Jahren geboten hatte, nicht wirklich konsumfördernd entwickelt wurde, ist kaum geeignet, Kaufkraft wirksam abzuschöpfen. So sind die wichtigsten und entwicklungsfähigsten Flächen/ Gebäude für die Sparkasse, die Volksbank in Schaumburg und die Polizei genutzt worden. Ein echtes Zentrum mit verzweigten Gässchen, evtl. diversen Galerien und damit Publikumsmagneten wäre aber m. E. neben einer Steigerung der Attraktivität für Gewerbesiedlungen Voraussetzung, um den Wohlstand unserer Stadt zu fördern. Hoffen wir auf das Kurhaus.

Ich verstehe nicht ...

dass das Ziel des Schaffens bezahlbaren Wohnraums genannt wird, jedoch die Praxis gerade der Vermarktung über die Volksbank in Schaumburg zu immensen Steigerungen der Grundstückspreise geführt hat und weiter führen wird. Und dann wird uns Bad Nenndorfer Grundstückseigentümern noch entgegengehalten, dass dadurch ja auch der Wert des eigenen Grundstücks steige. Wer hat etwas davon? Diejenigen, die verkaufen und aus Bad Nenndorf wegziehen wollen sowie spätere Erben, wenn sie eine Immobilie nach einem Erbfall nicht übernehmen wollen oder im Falle von Erbengemeinschaften ausgezahlt werden wollen. Ich will hier nicht wegziehen. Zu befürchten ist vielmehr, dass nach der noch in der Entwicklung befindlichen Grundsteuerreform für uns höhere Grundsteuern die Folge der Preisanstiege sind. Schon jetzt ist jedenfalls festzustellen, dass nicht wenige bauwillige Bad Nenndorfer ihren Heimatort verlassen und z. B. in Rodenberg oder Lauenau ihr eigenes Häuschen verwirklichen, während die Neubaugrundstücke immer mehr von denjenigen gekauft werden, die hier gegenüber ihrer bisherigen Heimat, z. B. Hannover, immer noch halbwegs moderate Grundstückspreise finden. Deren Nachfrage ist aus diesem Grunde vorhanden und wird bestehen bleiben. Es ist aber falsch, dieses Nachfragepotenzial gleichzusetzen mit dem Bedarf Bad Nenndorfs an neuen Wohneinheiten.

Eine eigene Vermarktung der tatsächlich notwendigen und vom Umfang her verträglichen Baulandflächen sollte m. E. unbedingt in den Fokus gerückt werden. Wenn die Stadt sich dazu weder personell noch finanziell in der Lage sieht, sei auf die Möglichkeit verwiesen, dies über die Gründung einer Wohnbaugesellschaft zu steuern. Die Folge wären günstigere Grundstücke und zudem ein höherer Geldzufluss für die Stadt, der weit über evtl. Gewerbesteuererinnahmen hinausginge. Die Möglichkeit der Eigenvermarktung mit vorangehender Eigenentwicklung und -erschließung durch das eigene Bauamt oder durch eine solche Gesellschaft würde durch Verzögerung und Verringerung des aktuellen Planungsumfangs begünstigt werden.

Ich verstehe nicht ...

dass bei den Planungen von vornherein die Frage der Verkaufsbereitschaft der (evtl.) in Frage kommenden Grundstückseigentümer in den Fokus genommen wird. Besonders beim ehemaligen Harms-Gelände kann ich dafür kein Verständnis aufbringen. Ob und welche tatsächlichen und ernst gemeinten Bemühungen dabei unternommen worden sind, kann ich natürlich nicht beurteilen.

Aber darauf darf es m. E. auch nicht ankommen. Die Tatsache, dass ein Eigentümer derzeit nicht verkaufswillig ist, bedeutet nicht, dass die entsprechende Fläche nicht in die Planung gehört. Es ist doch gerade der Sinn einer langfristigen Planung, alle Optionen zu betrachten. Üblicherweise wird gerade bei der Flächennutzungsplanung nicht vorab nach Verkaufsbereitschaft Einzelner gefragt. Eine komplexe Entwicklung unserer Samtgemeinde durch einen neuen umfassenden Flächennutzungsplan von der Verkaufsbereitschaft einzelner Grundbesitzer abhängig zu machen, würde bedeuten, dass sich die Kommune langfristig und ohne Not jeglichen Planungs- und Gestaltungsspielraums entledigen würde. Bewährte Verwaltungsarbeit und Kommunalpolitik sieht nach meinen Erfahrungen da anders aus. Stellen wir uns vor, ein Grundstückseigentümer erklärt vorab grundsätzliche Verkaufsbereitschaft und entscheidet sich dann – nach Abschluss der Bebauungsplanung anders. Wie sollte denn damit umgegangen werden?

Ein Kopfschütteln habe ich gerade beim Harms-Gelände allein deshalb, weil es ja bekanntlich über viele Monate hinweg Bemühungen gab, auf dem Gelände eine Schönheitsklinik bauen zu lassen. Gab es damals Verkaufsbereitschaft des Herrn P.?

Ich verstehe nicht ...

wie sich so Manche darüber aufregen, dass sich gerade Menschen, die von den aktuellen Planungen direkt betroffen sind, dagegen einsetzen, während auf der anderen Seite Menschen, die sich engagieren, ohne direkt betroffen zu sein, negativ als *Einmischer* betitelt werden. Ist es nicht das legitimste Recht als Bürger/in, sehr deutlich die Interessen von ganz Bad Nenndorf in den Fokus zu nehmen. Müssen wir unsere zahlreichen sachlichen Argumente wirklich immer wieder als „fadenscheinig“ betiteln lassen? Sie als Ratsmitglied wissen nur zu gut, wie es ist, Angelegenheiten und Probleme Anderer sorgsam zu bewerten, vielleicht sogar diese sich zu eigen zu machen. Und dennoch bleibt es auch Ihnen unbenommen, sich besonders dann zu engagieren, wenn Sie besonders auch persönlich oder in Ihren näheren Umfeld betroffen sind. Sie als Demokratin werden sicher doch gerade das Einmischen von Bürgern – direkt betroffen oder nicht – positiv bewerten und im Sinne einer gelebten Demokratie begrüßen.

Ich verstehe nicht ...

dass die Bürgerinitiative „Lebenswertes Bad Nenndorf“ von manchen Seiten allein wegen ihrer vermeintlich geringen Mitgliederzahl „belächelt“ wird und immer wieder sachfremd behauptet wird, uns ginge es um den unverbaubaren Blick. Wer dies noch immer behauptet, disqualifiziert sich damit selbst, offenbart er dadurch doch eindringlich, dass eine ernsthafte Auseinandersetzung mit den zahlreichen Argumenten, die bisher an vielen Stellen und zu verschiedensten Anlässen auf den Tisch gelegt worden sind, nicht stattfindet. Im Verhältnis zu anderen Mitgliederzahlen, so auch von den politischen Parteien und Vereinigungen steht unsere Bürgerinitiative wohl recht ordentlich da.

Ich zähle auf Sie!

Ich habe hohen Respekt vor dem Engagement all unserer Politiker, gerade unserer ehrenamtlich Tätigen, wie Sie es sind. Um Sie zum jetzigen Zeitpunkt nicht überzustrapazieren, habe ich hier jetzt ein Stoppzeichen gesetzt. Ich weiß, dass Sie sich neben dem großen Thema rund um die Schaffung von Wohnraum noch um viele andere Themen zu kümmern haben, aber es ist halt ein sehr wichtiges und vielschichtiges Thema.

Neben den genannten Aspekten gibt es durchaus noch weitere, auf die ich nicht eingegangen bin, so z. B. spezielle Infrastrukturfragen (Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung, Schulden, Kitas) und spezielle Probleme der Landwirtschaft und des Erhalts der dörflichen Eigenständigkeit Horstens sowie durch Entstehen von so etwas wie einer Trabanten-/Schlafstadt. Diese weiteren Aspekte können und müssen aber ebenfalls zu gegebener Zeit und rechtzeitig vorab angesprochen, geprüft und tief diskutiert werden.

Die Problemlagen sind jedenfalls derart vielfältig und vielschichtig, dass ich es auch nicht ansatzweise verstünde, wenn es zu einer – wie ich meine – übereilten Aufstellung des Flächennutzungsplans käme.

Gut Ding will Weile haben – eine Aussage, die sich bewährt hat.

Über ein Gespräch oder eine anderweitige Rückmeldung würde ich mich sehr freuen.

Bad Nenndorf, 10. Februar 2019

Mit freundlichen Grüßen